Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 3.60 Mark, vierteljährlich 10.05 Mark, durch die Post 7.50 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 6 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 30 Pf., und Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 90 Pf. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 96. Halle, Donnerstag, den 26. Februar 1920. Einzelpreis 10 Pfg.

Schicksalsfragen im Erzberger-Prozeß.

Der frühere Reichskanzler von Bethmann-Hollweg und Staatssekretär Abg. Spahn als Zeuge. — Wie die U-Boot-Resolution entstand. — Neues Belastungsmaterial gegen Erzberger.

Der Erzberger-Helfferich-Prozeß.

Berlin, 26. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) An der Tür des Gerichtssaales ist heute ein Gedränge wie im Parlament an einem großen Tage. Ein großer Tag soll es ja auch im Gerichtssaal werden, ein hochpolitischer. Die Anwesenheit von drei Ministern des alten Regimes, Bethmann Hollweg, Solf und Dr. Spahn neben einer Anzahl von Parlamentariern wie Stresemann, Riesser und Hugenberg bringen das parlamentarisch-politische Gepräge zum Ausdruck. Rechtsanwalt Dr. Alsberg stellt abermals zum Nachweis der Unwahrhaftigkeit des Nebenklägers eine Anzahl von Beweisanträgen, die das Ende des Prozesses abermals hinzuziehen drohen. Zu der heute zu besprechenden Frage äußert sich Helfferich: In der Steuerangelegenheit hat Erzberger in der Nationalversammlung die Behauptung aufgestellt, ich hätte mich jeder ordentlichen Kriegssteuergesetzgebung widersetzt. Ich habe in diesem Zeitpunkt ihm Unwahrhaftigkeit vorgeworfen und das will ich ihm beweisen.

Vorsitzender: Das würde eine politische Diskussion hervorrufen. Die Richtigkeit Ihrer Steuerpolitik können wir Ihnen doch hier nicht beschönigen.

Helfferich: Ich werde mich darauf beschränken, einige Mitteilungen wiederzugeben aus einem Protokoll, das bei einer Beratung der bundesstaatlichen Finanzminister kurz nach meinem Amtsantritt aufgesetzt wurde. Daraus ergibt sich, daß ich damals mit schwerem Herzen für den damaligen Augenblick im Juli auf die Steuern verzichten mußte, dagegen für den Dezember mir die Einbringung von Vorlagen vorbehielt. So hoffnungsvoll ich auch für einen kurzen Durchhalten während des Krieges war, schrieb mitgeteilt, auch, daß die Hauptlasten das Volk nach dem Unterlegen treffen werde. Ich habe ein Kriegssteuergesetz angekündigt und der Nebenkläger wußte davon. Dagegen lief hieser bei den Abgeordneten herum, und es wurde mir erzählt,

er intrigiere gegen meine Steuervorlage.

Andern Tages kam der Abgeordnete Spahn zu mir und erklärte, er komme aus einer Fraktionssitzung, und in dieser habe ein Abgeordneter, dessen Namen er nicht nennen dürfe, mitgeteilt, er habe einer Konferenz beim Reichskanzler beigewohnt, in der der Reichskanzler die Zurückziehung meiner Steuerpläne angekündigt habe. Ich sagte Spahn auf den Kopf zu, daß der fragliche Abgeordnete Erzberger gewesen sei. Er verneinte es ebensowenig, wie er es bestätigte. Ich fragte beim Reichskanzler an. Herr Bethmann Hollweg war empört, denn es hatte gar keine Konferenz stattgefunden. Die Zentrumsfraktion wurde benachrichtigt und unsere Mitteilung bewirkte, daß das Zentrum in die Verhandlungen meiner Vorlagen eintrat.

Erzberger: Ich stehe heute nicht auf dem Standpunkt, daß Helfferich nicht für ordentliche Steuern sich eingesetzt hat. Im Januar 1916 wurden mir von sozialdemokratischer Seite Mitteilungen gemacht, daß die eingebrachten indirekten Steuern und die unangenehmen Steuern auf das Vermögen bei ihr das lebhafteste Bedenken erregt und dadurch der Burgfrieden gefährdet sei. Ich machte dem Reichskanzler davon in einer Unterredung Mitteilung. Er war gleich mir der Meinung, daß

die Sozialdemokratie nicht in die Opposition getrieben werden dürfe.

Von dieser Unterredung machte ich meiner Fraktion Mitteilung, und diese entsandte den Abgeordneten Spahn zu Helfferich.

Vorsitzender: Sind hierzu noch Fragen zu stellen.

Helfferich: Von mir nicht. Ich bitte den Herrn v. Bethmann Hollweg in dieser Angelegenheit zu vernehmen.

Bethmann Hollweg als Zeuge:

Herr Erzberger hat als ihm die Steuerpläne des Winters 1915/16 bekannt wurden, mir wiederholt Einwände gegen diese Steuern geäußert und namentlich darauf hingewiesen, daß der Burgfrieden dadurch gefährdet werde. Ich versprach ihm in Würdigung dessen, daß ich mit Helfferich darüber sprechen werde. Eine Konferenz über die Steuervorlagen habe ich an dem 17. Januar 1916 nicht abgehalten. Dagegen ist Herr Erzberger in einer Unterredung mit mir an diesem Tage auf seine Burgfriedenbedenken nachdrücklichst zurückgekommen.

Vorsitzender: Worauf begründeten sich die Einwände?

Zeuge: Auf das

Verhältnis der direkten und indirekten Steuern

in dieser Vorlage. Ich sagte Erzberger, die Meinungen über den Burgfrieden könnten geteilt sein. Es müsste bei der Verhandlung über die Vorlagen aber alles vermieden werden, was den Burgfrieden gefährden könnte. Ich erklärte, daß die Einbringung der Steuervorlagen fest beschlossen sei. Trotzdem beharrte er auf seinen Bedenken mit einem Nachdruck der mich veranlaßte, um die Diskussion zu beenden, unvermittelt ein anderes Thema anzuschneiden. Kurz darauf machte mir Dr. Helfferich Mitteilung über den Besuch Spahns.

Vorsitzender: Ist es möglich, daß Erzberger Sie mißverstanden hat?

Zeuge: Ich hatte den Eindruck, Erzberger sei es darum zu tun,

die Vorlage zu Fall zu bringen.

Ich bin auch weiter der Ansicht, daß Erzberger meine Stellung zu genau kannte, als daß er plötzlich zu der Auffassung hätte kommen können, ich hätte meine Ansichten zu den unter meiner Mitwirkung entstandenen Steuervorlagen geändert.

Oberstaatsanwalt: Ist dabei das Wort Konferenz gefallen?

Zeuge: Herr Helfferich fragte mich, ob, wie Spahn ihm mitgeteilt hatte, bei mir eine Konferenz über die Steuervorlagen stattgefunden habe.

v. Gordon: Konnte Erzberger nicht der Meinung sein, daß Sie Ihre Meinung über die Steuervorlagen noch einmal einer Nachprüfung unterziehen wollten?

Zeuge: Nein. Die Steuervorlage ist ja tatsächlich auch angenommen worden, ohne daß der Burgfriede gebrochen wurde.

Erzberger: Bin ich gegen jede Steuervorlage gewesen?

Zeuge: Das nicht.

Vorsitzender: Dann hören wir jetzt den Abgeordneten Spahn.

Zeuge Abg. Spahn:

Erzberger teilte mir mit, daß der Reichskanzler in einer Unterredung mit ihm geäußert habe, er lege auf die Durchberatung der Steuern keinen Wert mehr. Da es unter diesen Umständen überflüssig gewesen wäre, die Steuern noch in der Fraktion durchzuberaten, so eine ich an Helfferich und richtete an ihn die Frage, ob er in der Steuergesetzgebung noch den Reichskanzler hinter sich hätte.

Ueber die Aufstellung des Reichskanzlers machte Helfferich alsdann Ausführungen. Es waren damals die üblichen Besprechungen mit den Fraktionen anberaumt. Vom Zentrum erschienen Spahn und Erzberger bei mir als Vizekanzler. Ich machte darauf aufmerksam, daß angesichts der zugespitzten Lage eine möglichst geräuschlose Tagung wünschenswert sei. Erzberger schnitt die Frage des U-Boot-Krieges an und äußerte seine Zweifel an der Wirksamkeit desselben. Ich sagte Erzberger, was Sie mir da erzählen, haben Sie mir bereits mitgeteilt. Aber wir dürfen die Frage nicht anschneiden, um die öffentliche Meinung nicht zu erschüttern. Ich fragte, wollen Sie das im Reichstage anschneiden? Hierauf antwortete Erzberger, aber Herr Staatssekretär, Sie kennen mich doch, so etwas sagen wir hier unter uns, aber nicht in der Oeffentlichkeit. Tatsächlich erfolgte dann im Hauptausschuß

doch der Vorstoß,

der zu der Juli-Resolution führte.

Erzberger: Ich habe bei der Unterredung mit Helfferich diesem mitgeteilt, ich hätte Material über die Aussichtslosigkeit des U-Boot-Krieges dem Admiralstab zugesandt und warte jetzt auf die Antwort.

Vorsitzender: Haben Sie denn zum Ausdruck gebracht, daß Sie, wenn die Antwort nicht befriedigend ausfallen würde, eine Aktion vornehmen würden?

Erzberger: Meiner Erinnerung nach, ja. In einer Unterredung mit dem Reichskanzler teilte mir dieser mit, Fürst Bülow habe ihm gegenüber geäußert, es sei jetzt nötig,

das deutsche Volk von dem Höhenpunkt seiner Kriegshoffnungen in das nackte Tal der Wirklichkeit

hinabzuführen. Ich sagte, der Meinung bin ich auch. Die Frage, daß Herr von Bethmann Hollweg von mir informiert worden sei, ist schon früher erörtert und nicht widersprochen worden. Sie wird a. B. bestätigt durch die „Tägl. Rundschau" vom 23. Juli 1917.

Vorsitzender: Haben Sie Herrn von Bethmann Hollweg oder Herrn Helfferich von Ihrer Absicht eines Vorstoßes Mitteilung gemacht?

Erzberger: In der von mir angegebenen Weise, ja.

Geheimrat von Gordon: Es ist hier von einem Vorstoß die Rede. Diese Darstellung trifft gar nicht zu. Es handelt sich um eine natürliche Entwicklung der Debatte.

Helfferich: Es war ein geplanter Ausfall. Herr von Wahnschaffe war im Begriff, den Saal des Hauptausschusses zu verlassen. Südekum traf ihn an der Tür und fragte: Wo wollen Sie denn hin, bleiben Sie nur hier, jetzt kommt eine große Sache. Es war

ein Ueberfall aus dem Hinterhalt.

Ueber diesen Vorstoß und die Friedensresolution entsteht eine längere Debatte. Helfferich äußert sich darüber mit Bezugnahme auf die Behauptungen seiner Gegnerschaft, Erzberger wirft ihm in dieser Angelegenheit Unwahrhaftigkeit vor, während er persönlich er in der gröblichsten Weise gegen die Wahrheit verstoßen hat. Es ist eine grobe Unwahrheit, wenn gesagt wird, daß uns über die Juli-Resolution vorher Mitteilung gemacht worden ist.

Erzberger: Nicht über die Resolution selbst, aber über die Gesichtspunkte, die zu der Resolution führen mußten.

Rechtsanwalt Alsberg: Haben Sie dem Reichskanzler die Juli-Resolution mitgeteilt oder nicht?

Erzberger: Die Resolution selbst nicht.

Alsberg: Dann hat der Angeklagte recht, wenn er dem vereidigten den unvereidigten Abg. Erzberger gegenüber stellt. In der Deutschen Allg. Ztg. hat er behauptet, daß die Vorbereitung und Gründe, die zu der Resolution führten, die Billigung des Reichskanzlers hätten.

Als Zeuge äußert sich zu der Frage sodann der Abg. Spahn.

Vorsitzender: Hat in der Besprechung mit Helfferich, als die U-Boot-Frage angeschnitten wurde, Erzberger zum Ausdruck gebracht, daß er diese Angelegenheit in der bevorstehenden Reichstagssitzung anschneiden würde oder nicht?

Spahn: Nein! Als wir von Helfferich gingen, schien die Angelegenheit erledigt.

Erzberger: Erinnert sich der Zeuge, daß ich gesagt habe, ich würde erst die Antwort des Admiralstabes abwarten?

Spahn: Das ist mir ganz neu!

Helfferich: Als der Vorstoß im Hauptausschuß erfolgte, beugten Sie sich zu mir und sagten, was ist denn das, weiß der Reichskanzler davon? Ich antwortete, ich bin so erstaunt, wie Sie. Stimmt das?

Spahn: Ja!

Vorsitzender: Sie sind also von dem bevorstehenden Vorstoß auch nicht unterrichtet gewesen?

Spahn: Nein!

Wiederzusammentritt der Nationalversammlung.

Berlin, 26. Februar. (Eig. Drahtnachricht.) Zum heutigen Wiederzusammentritt der Nationalversammlung wird im Leitartikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" ausgeführt, daß man sich nach der Verabschiedung der Steuergesetze wohl genötigt sehen wird, noch weitere Einnahmequellen zu erschließen. Tarifsteuern auf notwendige Lebensmittel einzuführen, wird nicht für unwahrscheinlich gehalten. Weiter bemerkt dann das Blatt, daß es äußerst schwer sein wird, im Verlaufe des Frühjahrs und des Sommers mit den Arbeiten der Nationalversammlung fertig zu werden, da außer den Steuergesetzen noch die Beratung der vor dem Abschluß stehenden Verreichlichung der Eisenbahn und der Post zu erledigen sei. Es sei daher äußerst schwer, im Spätsommer zu Neuwahlen für den ersten Reichstag der deutschen Republik zu kommen. Damit ist also gesagt, daß an Neuwahlen abermals nicht gedacht werden kann. Dem halbamtlichen Blatt erscheint die Frage noch reichlich verfrüht, ob die Koalition der drei Mehrheitsparteien, welche die Regierung bilden und ihre Entschließungen beeinflussen, von den Neuwahlen eine Bestätigung ihres politischen Mandats zu erwarten habe oder ob das souveräne Volk durch den Stimmzettel andere Richtungen oder eine andere Regierungsmischung zur Leitung der Reichsgeschäfte beruft. Wenn auch die Schärfere Bewegung nicht geleugnet werden kann, daß die unglückliche wirtschaftliche und soziale Lage unseres Volkes einen Abfluß der Massen in das radikale Lager der unabhängigen Sozialdemokratie und daß der Niederlagefrieden bei dem national empfindenden Mittel- und Beamtenstand erhebliche Einbuße an Kredit gebracht hat, so sei doch heute, wo mir im besten Falle noch dreiviertel Jahre vor den Neuwahlen ständen, ein Urteil über ihren mutmaßlichen Ausgang nicht möglich. In dem bevorstehenden Tagungsabschnitt der Nationalversammlung werde man es, wenn auch die Hauptarbeit der Verabschiedung von Gesetzen gehöre, nicht umgehen können, auch zur äußeren Lage des Reiches Stellung zu nehmen.

Zum neuen Wahlgesetz.

Von Friedrich Payer.

Man kann verschiedener Ansicht darüber sein, ob es sich empfiehlt, die Grundlage unser sämtlichen bisherigen Wahlmethoden und Wahlgesetze zu verlassen, wonach die Aufgabe darin besteht, die abgegebenen Stimmen auf eine im voraus bestimmte Zahl von Parlamentssitzen möglichst gerecht und zweckmäßig zu verteilen. Tut man es aber einmal, und ich möchte mich schon deshalb nicht dagegen aussprechen, weil wir bei Weiterverfolgen des bisherigen Systems immer tiefer in Künstelei und Unübersichtlichkeit hineinkommen, so sollte man auch die Konsequenz ziehen, die herkömmlichen Anschauungen über Bord werfen und den größten Vorteil der neuen Methode, die Einfachheit und Klarheit, auch bis zum äußersten ausnützen.

Handelt es sich künftig in der Haustlache darum, auszumitteln, wie man am besten je 60 000 zusammen-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200226037/fragment/page=0001

gehörige Stimmen vereinigt, um dann je einen Abgeordneten für gewählt zu erklären, so ist die Sache, verglichen mit unseren bisherigen Methoden, einfach. Mehr als einer einzigen Abstimmung bedarf es nicht. Man kann dann auch nicht mehr von einer Verhältniswahl reden, so daß wohl eine Abänderung der Reichsverfassung in Frage käme.

Die Einfachheit leuchtet ein, wenn man sich, was allerdings für Reichswahlen bei der Größe des Gebiets aus technischen und inneren Gründen ausgeschlossen erscheint, aber für kleinere Gebiete immerhin denkbar ist, ein einheitliches Wahlgebiet, also ein Land oder eine Gemeinde vorstellt. Die Wähler brauchen dann nur, soweit sie zusammengehören, einheitlich vorzugehen, indem sie eine gemeinsame Liste mit wenigen oder vielen Namen aufstellen, die der Reihe nach berufen werden sollen. Diese Listen werden eingereicht, gezählt, und auf jede Liste entfällt für so und soviel tausend Stimmen, die auf diese Liste gefallen sind, je ein Abgeordneter. Es bedarf keiner Rücksicht auf die andern Parteien, jede geht ganz unabhängig vor. Wird stark gewählt, im allgemeinen oder von einer besonderen Richtung, so gibt es viel Abgeordnete, andernfalls wenig. Jeder kommt zu seinem Recht: jeder Wähler hat beispielsweise ein Sechzigtausendstel an einem Abgeordneten, jeder Abgeordnete 60 000 Wähler. Gerechter und korrekter kann man gar nicht sein. „Ginge" es überall mit 60 000 gerade „auf", so wäre die Sache rein ideal. Die Praxis würde von dem Ideal nicht einmal viel abweichen, weil bei keiner Liste mehr als 59 999 Stimmen überschießend bleiben könnten, was wenigstens bei größeren Vereinigungen für das ganze Reich nicht viel bedeuten würde.

Mit Recht wird aber bei den Wahlen für das Reich Wert darauf gelegt, den schon bei dem bestehenden Wahlrecht gefährdeten Zusammenhang zwischen den Wählern und den Abgeordneten aufrecht zu erhalten. Dazu bedarf es kleiner Wahlbezirke, in denen jede Vereinigung je eine besondere Liste aufstellt. Der Nachteil wird dann sein, wenn durch eine so große Zahl wie 60 000 dividiert werden muß, daß eine Menge Stimmen unberücksichtigt bleibt, für die wieder gesorgt werden muß. Am besten durch Errichtung von Zwischengliedern zwischen den unteren Wahlbezirken und dem Reich, die so bemessen sein sollten, daß die Wähler die Kandidaten noch einigermaßen kennen und übersehen können und daß der Kandidat und Abgeordnete noch einigermaßen Fühlung mit den Wählern halten kann.

Mir würde es theoretisch richtig erscheinen, das Reich in etwa 20 Landeswahlkreise und diese wieder in je vier Bezirkswahlkreise einzuteilen; die 20 Landeswahlkreise zusammen ergäben den Reichswahlkreis. Ein Bezirkswahlkreis hätte etwa 375 000 Wähler, ein Landeswahlkreis also etwa 1½ Millionen. Man kann die Ziffern auch anders greifen, sie stimmen auch nicht ganz für das mir naheliegende Beispiel, an dem ich meine Auffassung verdeutlichen möchte, das Land Württemberg und dessen vier Kreise Neckar-, Schwarzwald-, Jagst- und Donaukreis. Auf ganz gleichmäßig große Wahlkreise käme es bei diesem Verfahren auch nicht einmal soviel an wie seither.

Nehmen wir nun an, es käme zur Reichstagswahl und im Neckarkreis reichten die Demokraten und ein [illegible] Wahlkreis aufgestellten Listen ein. Es kommt technisch nicht darauf an, wieviel es sind. Dagegen ist erheblich, daß aus jeder Liste ersichtlich ist, daß sie, wenn auch nur für den Bezirkswahlkreis aufgestellt, die Liste einer für das ganze Reich bestehenden Organisation, also etwa der Demokratischen Partei ist; das ist nötig, weil nur dann die Listen auf dem Landeswahlkreis und den Reichskreis zusammengezählt werden können. Man kann es den Vereinigungen überlassen, wieviel Namen sie auf ihre Liste setzen wollen. Die Demokraten werden sich etwa sagen, sie bekommen, wenn es gut gehe, einen Sitz und bei der Austeilung der unberücksichtigt gebliebenen Stimmen im Land und im Reich könne ihnen möglicherweise auch noch ein Sitz zufallen, sie werden also bei höchster Vorsicht nicht genötigt sein, mehr als 3 Kandidaten und vielleicht ebensoviel etwaige Ersatzmänner zu bezeichnen. Sehen wir voraus, sie bekommen im Neckarkreis bei der Wahl 70 000 Stimmen, mit 60 000 ist dann ihr erster Name gewählt. Er scheidet mitsamt seinen 60 000 Stimmen aus dem Wahlverfahren aus. 10 000 Stimmen bleiben vorläufig unberücksichtigt. In den [illegible] Kreisen sollen die Demokraten je auch eine besondere Liste auf, die sie als der Demokratischen Partei des Reiches zugehörig bezeichnen und die sie beliebig groß machen können mit der einzigen Ausnahme, daß verboten ist, einen Namen in mehr als einem Wahlkreis aufzustellen. Sie bringen es, sagen wir, im Schwarzwaldkreis auf 125 000 Stimmen, wodurch ihre beiden ersten Namen gewählt sind und mit den dazu gehörigen 120 000 Stimmen aus dem Verfahren ausscheiden, während 5000 Stimmen unberücksichtigt bleiben. Im Jagstkreis bringen sie es nur auf 45 000 und im Donaukreis auf 35 000 Stimmen, die vorerst unberücksichtigt bleiben. Diese unberücksichtigten demokratischen Stimmen der vier Wahlbezirke mit 10 000, 5000, 45 000 und 35 000, zusammen 95 000 werden von den Bezirkswahlkommissionen, die nichts mehr damit anfangen können, der Landeswahlkommission zur Verfügung gestellt. Diese stellt fest, daß auf 60 000 von den 95 000 Stimmen noch ein Abgeordneter entfällt. Sie weist ihn dem Jagstkreis zu, der mit der höchsten Zahl von 45 000 unberücksichtigten Stimmen den ersten Anspruch darauf hat. Die Jagstkreiswahlkommission stellt fest, daß der erste Name der demokratischen Liste ihres Kreises gewählt ist, der mit den dazu gehörigen 60 000 Stimmen entscheidet.

Die darnach noch unberücksichtigt gebliebenen 35 000 demokratischen Stimmen des Landeswahlkreises Württemberg werden von der Landeswahlkreiskommission zur Verfügung der Reichswahlkommission gestellt. Dort werden auch aus den anderen 19 Landeswahlkreisen des Reiches die unberücksichtigt gebliebenen demokratischen Stimmen angesammelt.

Nehmen wir an, es seien einschließlich der von Württemberg eingeschlossenen 35 000 aus allen 20 Landeswahlkreisen zusammen 620 000 beieinander. Darauf entfallen dann noch einmal 10 demokratische Sitze. Diese werden von der Reichswahlkommission den Landeswahlkreisen in der Reihenfolge zugewiesen, die sich nach der Zahl der unberücksichtigten Stimmen ergibt. Nehmen wir an, Württemberg habe danach, da es 35 000 Stimmen eingebracht hat, Anspruch auf den fünften. Die Landeswahlkommission, der der Sitz zugewiesen wird, wird weiterhin feststellen, daß derselbe auf den Donaukreis entfällt, weil dieser in Württemberg nach dem inzwischen befriedigten Jagstkreis die höchste Zahl noch unberücksichtigt gebliebener demokratischer Stimmen (35 000) aufzuweisen hat. Es wird also auch der erste Name der demokratischen Liste dieses Kreises für gewählt erklärt. Die demokratische Partei Württembergs hat also 3 Sitze im ersten Anlauf erhalten, einen aus dem Ueberschuß der Bezirkswahlkreise und einen aus dem Ueberschuß der Landeswahlkreise, zusammen 5.

Dasselbe Verfahren wird beobachtet in allen Wahlkreisen für alle Listen, die als zu einer Reichsorganisation gehörig bezeichnet sind, durch alle drei Instanzen hindurch.

Technisch läßt sich gegen dieses Verfahren wohl nicht viel sagen. Es bedarf nur einer Abstimmung. Stimmen gehen kaum verloren, der Zusammenhang zwischen Wählern und Abgeordneten ist noch einigermaßen aufrecht erhalten, die Selbständigkeit der einzelnen Wahlkreise ist weitgehend gewahrt, jede Vereinigung kann sich durch das ganze Reich hindurch zählen. Letzteres wird als die verderblichste Seite dieses ganzen Systems, als die Auflösung der politischen Parteien und die Schaffung eines berufsständischen Parlaments schlimmer Art bezeichnet. Ich möchte der Meinung sein, wenn ein solches trotz des Reichswirtschaftsrats kommen will, wird man es künstlich auf die Dauer nicht zurückhalten können. Zweifellos werden bei Durchführung des geschilderten Systems einzelne Liebhabereien oder Spezialitäten im Reichstag künftig besondere Vertreter finden. Berufsverbände werden sich zu parlamentarischen Organisationen und Gruppen, die offen ihren Zwecken dienen, verbinden. Das hätte zwei Seiten und böte gegenüber den jetzigen Zuständen wohl oft eine erwünschte Klarheit, wäre aber sicher nur vorübergehend. Die Erfahrung würde die Interessenten bald belehren, daß ihre spezielle Zweigvertretung ihnen wenig nützt.

Nur eines wäre natürlich zu ändern: die Kosten für

Millerands Rückkehr.

WTB. **Paris**, 26. Februar. **Millerand wird am Sonnabend Morgen nach Paris zurückkehren.**

Ausdehnung des belgischen Bergarbeiterstreiks.

WTB. **Brüssel**, 26. Febr. **Infolge der Teuerung namentlich des Brotes macht sich seit einiger Zeit im Berinage unter den Arbeitern eine Ausstandsbewegung bemerkbar. Der Ausstand der Bergarbeiter dehnt sich aus. Gestern marschierten Züge von Ausständigen durch mehrere Gemeinden und versuchten vor den Gruben die noch zur Arbeit erscheinenden Leute von der Arbeit abzuhalten. Die Züge wurden von der Polizei zerstreut.**

Auf Antrag Erzbergers!

WTB. **Berlin**, 26. Februar. **Zur Berichtigung irriger Pressenachrichten teilt die Staatsanwaltschaft beim Landgericht I mit, daß die Beschlagnahme der Flugschrift „Fort mit Erzberger" vom Gericht auf Antrag des Rebenklägers beschlossen worden ist. Auf die Frage, ob Dr. Helfferich verurteilt werden wird, läßt diese Maßnahme selbstverständlich keinerlei Rückschlüsse. Sie bezweckt lediglich die Sicherung der Einziehung der Schrift, die nach dem Gesetz erfolgen muß, falls eine Verurteilung „sei es auch nur wegen formeller Beleidigung" erfolgen sollte.**

Die „Probe"verurteilungen.

Genf, 26. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) **Die interalliierte Kommission will am Sonnabend den Vorschlag, Deutschland eine beschränkte Zahl von Militärpersonen zu nennen, „an deren Schuld nicht gezweifelt werden kann", formulieren und den Wortlaut der Note festsetzen, die der deutschen Regierung überreicht werden soll.**

Wie der Berliner Korrespondent des „Petit Journal" gehört haben will, gedenkt das Reichsgericht zur Verschärfung von Zweck Untersuchungskommissionen nach den Ententeländern zu senden. Man wünsche in Berlin offenbar eine Zusammenarbeit der deutschen und der alliierten Gerichte, um eine Art Deckung für die bevorstehenden Urteile zu bekommen.

Dissonanzen.

1.

„Das Leben ist weiter nichts als eine Summe von Dissonanzen," sagte gestern Nachmittag mein Freund zu mir mit dem ihm eigentümlichen resignierenden Tonfall in der Stimme. Ich kann das Worten träge nach. „Dissonanzen, Dissonanzen — ja, wir gebrauchen das Wort täglich, fast stündlich; aber wissen wir denn eigentlich, was Dissonanzen sind?" „O — eine wissenschaftliche Erklärung kann ich dir schon geben, oder vielmehr mehrere. Die Akkorde beruhen auf der Gemeinsamkeit von Obertönen, oder sagen wir allgemeiner Partialtönen; wo beim Zusammenklingen verschiedener Einzeltöne eine solche Gemeinsamkeit nicht vorhanden ist, gibt es Dissonanzen. Andere wieder behaupten, daß das Fehlen der beim Akkorden vorhandenen Interstitialschwankungen oder Schwebungen die Dissonanzen bedingt. Oder . . . oder . . ." Nun folgte noch eine Reihe weiterer Erklärungen, und dann verlor sich mein Freund in tiefgründigen Erörterungen über die Anwendung des Begriffes der Dissonanz auf das menschliche Leben, über die Obertöne in demselben, über — was weiß ich nicht noch alles.

Doch das nur nebenbei.

*

2.

Eine Stunde später. Vor dem Auditorium maximum der Universität herrscht ein reges Leben. Die nächste Vorlesung ist die des Herrn Prof. Dr. Waetzold über „Expressionismus". An den Eingangstüren zum Saal tritt eine unliebsame Stockung ein. „Studenten Erkennungskarten vorzeigen!" Das schreckt viele zurück; denn mancher, der sonst nichts mit der Universität zu tun hat, nahm an dieser Vorlesung bis jetzt gern teil — —. Besonders hat die hallische Künstlerschaft dafür ein reges Interesse gezeigt. Ich zücke meine Brieftasche und weise triumphierend meine Erkennungskarte vor; erst dann darf ich passieren. Denn der Universitätsdiener ist unerbittlich. Ein älterer Herr bittet ihm flehentlich, mit hineingelassen zu werden. „Tut mir leid. Ausnahmen kann ich nicht machen. Es ist zuviel Mißbrauch getrieben worden."

Hut ab vor diesem unbestechlichen Diener des Gesetzes — nein, der Alma mater, wollte ich sagen —. Und doch, wie schade eigentlich, daß nicht jeder eingelassen wird. Draußen stehen noch so viele, sehen das gelobte Land aus der Nähe und dürfen es nicht betreten! Aber schon die Tatsache, daß sie draußen stehen und warten und bitten, schon diese Tatsache erfüllt mein Herz mit Freude. Wieder ein Beweis, daß unsere vom Parteihader und Klassenhaß zerrissene Zeit noch nicht alles Gefühl für das Große, Edle und Schöne in der Menschheit verloren hat. Was ist uns denn jetzt noch wertvoll und heilig? Nichts als die Kunst! Sie ist die Quelle, aus der man Erholung und Stärkung schöpfen kann, sie ist der Born, der auch in den trübsten Stunden eines gemarterten Volkes nie versiegt. Nicht nur in akademischen Kreisen, nein, in allen Kreisen unserer Vaterstadt ist das Interesse für die neuentstehende und schon im Entstehen gewaltig sich entfaltende Kunst der Moderne, für den Expressionismus erwacht. Da drängt man sich, um aus berufenem Munde belehrende Worte zu vernehmen, in man scheut sich nicht einmal, zur Erreichung dieses Zieles die Universitätsgelege zu überschreiten. Das ist es, was mein Herz mit Freude erfüllt. Ich sehe die Morgenröte einer neuen Zukunft blinken, einer Zukunft, die uns wieder mehr Glück bringt als die graue Gegenwart.

Da ertönt die Glocke und Herr Professor Waetzold tritt ein.

*

3.

Die Vorlesung ist zu Ende: ich gehe nach Hause, in meinem Innern das Ergebnis der letzten zwei Stunden — von sechs bis acht Uhr hat die Vorlesung gedauert — verarbeitend. Müde steige ich die Treppen zu meiner Wohnung empor. Eine Umdrehung des Kontaktes — die Glühbirne auf meinem Schreibtisch flammt auf, wirft ihr mattes, durch einen Schirm grün gefärbtes Licht in das Zimmer und erfüllt es mit einem dämmrigen Halbdunkel. Auf dem Schreibtische liegt eine Zeitung, die ich gedankenlos durchblättere. „Erzberger geht" in ganz dicken Lettern (fast so dick wie des Reichsfinanzministers rundliches Gesicht, denke ich bei mir) — Friede seiner Asche, das ist der einzige Wunsch, den ich ihm nachrufen kann. — „Lebensmittelverteilung — Stadtverordnetensitzung — Schändung der Gräber im Charlottenburger Mausoleum —." Ich stutze, ich lese — und da steigt mir ein Ekel, ein bitteres Gefühl die Kehle empor. Es sollte mich wundern, wenn es nicht jedem Deutschen beim Lesen dieser Nachricht ähnlich ergangen ist. Da haben frevelhafte Einbrecherhände den Grabesfrieden des stillen Mausoleums gestört, haben das Grab der Königin Luise gesprengt, um Schmuck achen daraus zu rauben.

Ich denke an einem Herbstabend des Jahres 1919, als ich das letzte Mal dort in dem von grünlichblauen Licht durchwobenen Mausoleums-Raume stand, als mich leichtlöschender Sohn des 20. Jahrhunderts feierliche Schauer ergriffen. Und heute? Das Grab der großen Dulderin auf Preußens Königsthron gesprengt, andere beraubt . . . Pfui Teufel!

Man soll nun nicht etwa denken, daß ich ein Fanatiker bin, dem die Errichtung eines neuen Kaiserreiches bei Nacht und bei Tag als leuchtendes Zukunftsbild vorschwebt. Ich bin auch nicht einer von denen, die an ein Kaisertum von „Gottes Gnaden" geglaubt haben und in der Gräberschändung nun eine Verletzung Gottes erblicken — ich bin ein Mensch und gleichzeitig ein guter Deutscher, und wer beides zugleich ist, der wird meine Entrüstung nur allzu sehr verstehen.

Ein politischer Racheakt wie die Plünderung der Speierer Kaisergräber liegt nicht vor. Das ist ziemlich sicher erwiesen. Es ist keine Handlung, die das furchtbare Wort „Was nützt's!" — „Wege den Besiegten!" — zum scheußlichen Leitmotiv hat. Man wollte sich nicht in kleinlicher Weise rächen an denen, deren von ihnen begründete Kaiserherrlichkeit jetzt täglich zusammengeschossen wird; man wollte es nicht machen wie Napoleon I., der die Victoria vom Brandenburger Tor nach Paris überführen ließ.

Nein, ganz niederträchtige und gewerbsmäßige Einbrecher haben sich in der gemeinsten Weise an den Gräbern vergriffen. Ich will nicht etwa den Wert der geraubten Schmuckgegenstände als Argument gegen diese Schurken anführen — nebenbei bemerkt hat der goldene Kranz vom Sarkophag Kaiser Wilhelms I., den die Grabräuber glücklicherweise wieder verloren haben, heute einen Wert von 40 000 bis 50 000 Mark — ich will auch nicht auf den hohen künstlerischen Wert der gestohlenen Schmuckachen eingehen. Aber es muß doch jedem Menschen in tiefster Seele empören, daß man noch nicht einmal mehr vor den Ruhestätten der Toten irgendwelche Scheu empfindet! Sollen auch unsere Toten keine Ruhe mehr haben, wo sie doch im Leben schon nie zur Ruhe gekommen sind??

Als Deutsche müssen wir übrigens die ganze Schmach doppelt schwer empfinden, weil es die Gräber der besten aus dem Hause Hohenzollern sind, die hier für Menschen der schlimmsten Sorte zum Reiche des Raubes wurden. Ich stehe völlig auf dem Standpunkte der freien, demokratischen Republik; deshalb sehe ich aber nicht ein, daß wir nun, wo wir gestern „Hosianna" riefen, heute „Kreuzige" rufen müssen. Was uns bis jetzt als heiliges Vermächtnis gegolten hat, soll es auch weiter gelten — die Erinnerung an die anerkennenswerten Herrscher, die jahrhundertelang an der Spitze unseres Volkes gestanden haben. Oder sollen wir etwa heute, weil wir Republikaner sind, nicht mehr an Friedrich den Großen und seine Taten denken dürfen? Wie wir die Kaisergräber zu Speier und zu Worms, zu Goslar und zu Magdeburg als etwas Heiliges betrachten, so muß auch das Mausoleum im Charlottenburger Parke für uns ein Heiligtum bleiben. Vergingen sich frevelnde Verbrecherhände an diesem Heiligtume des deutschen Volkes, so muß das Verbrechen schwer gesühnt werden!

*

4.

Mir kam wieder das Gespräch in den Sinn, das ich mit meinem Freunde gehabt hatte. Was nützen nur die theoretischen Erörterungen über das Wesen der Dissonanz! Er hat Recht behalten mit seinem Ausspruch: „Das Leben ist eine Summe von Dissonanzen"; diese Feststellung ist mir wichtiger als jegliche wissenschaftliche Erörterung. Hier strömt man hin, um an den Quellen der Kunst neues Leben zu schöpfen — dort schändet man das Heiligtum eines Volkes, das allen Geschlechtern ein Kunstdenkmal ersten Ranges bedeutet. Ist das keine Dissonanz, kein Mißton, keine Disharmonie?

E. A. Barnick.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200226037/fragment/page=0002